Nummer 23 — Halle, Montag, den 28. Januar 1924 — 59. Jahrgang

Straßenverkauf: 100 Milliarden

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der im voraus zu entrichtende Bezugspreis ist freibleibend. Der Januar-Postbezugspreis frei Haus beträgt 3,5 Goldmark. Bezugskündigungen sind stets nur die Freitags für die kommende Woche zulässig. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Goldmark-Zeilen berechnet; die Preise sind freibleibend. Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 4609. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Der Ansturm gegen Poincare.

Fortsetzung der Finanzdebatte in der Pariser Kammer.

Es gewinnt mehr und mehr den Anschein, als sei „das letzte Glück und der letzte Tag" des urgewaltigen Hassers Poincaré nicht mehr fern. Der Verlauf der Frankendebatte in der Kammer hat ihm so unbehagliche Viertelstunden bereitet, daß von der Eigenschaft des „Ruhrsiegers" an diesem Manne kaum noch etwas zu bemerken war. Wenn es geschehen konnte, daß sein intimer Gegner Tardieu, ein Träger Clemenceaus'scher Geistesrichtung, dem großen Manne unter dem Beifall der ganzen Kammer entgegenhalten konnte: „Sie sehen, die Unzufriedenheit ist allgemein!", dann muß es um den Rückhalt Poincarés in den Parteikreisen doch wohl etwas fragwürdig bestellt sein. Allerdings hatte er sich unmittelbar vorher in der Verstiegenheit gefallen, zu erklären, daß seiner Meinung nach der Republik zu jeder Stunde am besten gedient wäre, wenn alle ihre Bürger der Regierung folgten. Ein verdächtiger Anflug von Größenwahn! Er hat dem Argwohn gegen die Zweckmäßigkeit der Finanzgesetze Nahrung gegeben und wird wohl auch bei der Stellungnahme der Parteiführer zu den Ermächtigungsgesetzen seine Wirkung äußern. Zutreffend schreiben namhafte Journale von der „Verbrauchtheit" des Kabinetts Poincarés. Dessen Meister in seinem überspannten Selbstgefühl merkt offenbar nichts davon oder er will es nicht wahr haben, denn seine Gereiztheit steigerte sich in dem Maße, in dem regierungsfeindliche Aeußerungen in der Debatte sich verstärkenden Beifall fanden. Einstweilen ist ja wohl noch anzunehmen, daß das Kabinett Poincaré den Termin der Neuwahlen erleben wird. Umjubelter Triumph aber dürfte ihm nicht mehr beschieden sein.

*

Paris, 28. Januar. In der Fortsetzung der Kammerdebatte am Sonnabend über die Finanzmaßnahmen der Regierung ergriff der sozialistische Abgeordnete Auriol das Wort. Er sagte, daß die Sozialisten genau so wie die anderen Parteien des Hauses um die Wiederherstellung des französischen Wechselkurses besorgt seien und daß der Fall des Franken am meisten den Arbeitern schade. Der Frank falle seit dem April 1922, obwohl die wirtschaftliche Lage des Landes sich seither verbessert habe und das Budget balanciere. Der Grund könne nicht in den wiedereintreibbaren Schulden liegen, denn auch diese hätten seit dem genannten Zeitpunkt abgenommen und die zerstörten Gebiete seien in der Zwischenzeit sogar wiederhergestellt worden.

Poincaré ruft dazwischen: „Jawohl, das Land hat seinen Reichtum vergrößert, aber der Staat ist verarmt." Dieser Situation wollen wir abhelfen, fährt Auriol fort, aber vor allem wollen wir

die Verantwortung für diese Situation aufdecken. Es ist unmöglich, zu leugnen, daß die auswärtige Politik die Hauptursache für die Krise des Franken sei.

Auriol fährt fort, er wolle auf die politische Seite der Debatte nicht weiter eingehen, sondern mit den übrigen Parteien des Hauses die Mittel zur Heilung suchen. Der Redner erklärte zum Schluß, daß weder die Regierung noch die Kammer über die Maßnahmen entscheiden dürften, sondern der Schiedsspruch des Volkes angerufen werden müsse. Hierauf ergriff Poincaré das Wort zu einer langen Rede. Der Ministerpräsident versicherte, daß der Franken einer politischen Offensive des Auslandes ausgesetzt gewesen sei. Die Regierung habe stichhaltige Dokumente dafür in der Hand, insbesondere biete ein Bericht des französischen Generalkonsuls in München wertvolle Aufschlüsse. (Der Abg. Leon Blum fragt nach dem Datum dieses Berichtes. Poincaré: Der 16. Januar! Ein Abgeordneter ruft dazwischen: Also nach dem 14. Januar! Poincaré: Selbstverständlich. Es handelt sich ja um einen Bericht.) Poincaré verliest dann das Rundschreiben einer deutschen Bank, die sämtliche Frankeninhaber auffordert, ihre Franken zu verkaufen, um der Ruhrbesetzung ein Ende zu machen. Poincaré fügte hinzu, daß es sich um eine amerikanische (!) Bank deutschen Ursprungs handelt. — Nach einer kurzen Auseinandersetzung mit Leon Blum fuhr Poincaré fort:

Der Feldzug gegen uns verfolgt den Zweck, Frankreich zu einer Aenderung seiner auswärtigen Politik und zur Räumung des Ruhrgebietes zu zwingen. Aber morgen werden wir von der Welt nach der Haltung beurteilt, die die Kammer den vorliegenden Projekten gegenüber einnimmt.

Reim sachlich bemerkte Poincaré an einer anderen Stelle seiner Rede: Frankreich hat seit vier Jahren mehrere hundert Milliarden für Deutschland ausgelegt(?) und mußte sich diese Beträge nolens volens verschaffen. Der Versailler Friedensvertrag sah diese Auslagen vor, da er eine Frist von 30 Jahren zubilligte. Die Sozialisten machen uns den Vorwurf, daß wir das Budget der wieder erlangbaren Ausgaben nicht rechtzeitig ausglichen und sie bemühen sich, darzulegen, daß sie allein gegen die Kammer und gegen die verschiedenen aufeinanderfolgenden Regierungen im Rechte wären. Ihre Haltung ist indessen sehr durchsichtig, da sie niemals das Budget bewilligen. Poincaré kam dann ausführlich auf die einzelnen Finanzmaßnahmen zu sprechen und erklärte schließlich, das französische Parlament werde, wenn es sich treu der Regierung anschließe, beweisen, daß es stets nur von den Interessen des Landes geleitet war. Poincaré fuhr fort:

Deutschland hat noch nicht bezahlt, aber wir stehen nicht mit leeren Händen da; wir haben zwei Pfänder. Wenn unsere Gegner es uns anraten, diese gegen andere Pfänder auszutauschen, so läßt das darauf schließen, daß sie einen Wert besitzen und wird recht daran tun, sie festzuhalten."

Die Situation sei übrigens nicht so schlimm, wie verschiedene Redner sie darstellten. Im Gegenteil, man könne sich einem gewissen Optimismus hingeben, da Frankreich erst gestern einen Bündnisvertrag mit der Tschechoslowakei unterzeichnete. Poincaré spielte dann auf die Tangerfrage an, deren Lösung mit England getroffen wurde. Das französische Parlament muß sich jetzt um die Regierung scharen, um den Sturm gegen den Franken abzuschlagen und die nationale Devise zu retten. Nächste Sitzung Montag.

Anklagen Macdonalds gegen Frankreich.

Die Ruhrbesetzung ein Keim für neue Konflikte.

Paris, 28. Januar. Ramsay Macdonald hat in einer Unterredung mit dem Vertreter des „Quotidien" folgendes erklärt: „Man wirft Frankreich die Ruhrbesetzung vor, die nach unserer Ansicht die Hauptursache der wirtschaftlichen Notlage ist, die heute auf England lastet. Man wirft Frankreich vor, daß es nicht genügend Rücksicht auf die höheren Interessen Europas genommen habe und daß es gar keine Rücksicht auf die besonderen Interessen Englands nimmt.

Außerdem wird nach der allgemeinen Ansicht die moralische und finanzielle Unterstützung, die Frankreich den kleinen Nationen für ihre Bewaffnung angedeihen läßt, einen neuen Krieg unvermeidlich machen. Frankreich entnervt unser Volk, das sich in aller Aufrichtigkeit fragt, ob es sich nicht in die Notwendigkeit versetzt sieht, seinerseits militärische Vorbereitungen zu treffen und neue Allianzen zu suchen."

Auf die Frage über das Verhältnis der Reparationsregelung zu den interalliierten Schulden antwortete Macdonald: „Wir sind der Ansicht, daß die Frage der französischen Schulden gegenüber England nicht angeschnitten werden kann, ohne daß zu gleicher Zeit die gesamte europäische Lage erörtert würde. Ich werde niemals zulassen, daß diese beiden Fragen voneinander getrennt werden." Ueber den Völkerbund erklärte er: Der Eintritt Deutschland in den Völkerbund würde für Frankreich im Osten die beste Sicherheitsbürgschaft sein. Auf die Bemerkung, daß auch Poincaré in Frankreich Gegner seiner Politik habe, daß diese aber glaubten, eine Räumung des Ruhrgebiets sei nicht möglich, bevor andere Bürgschaften geschaffen wären, antwortete der englische Premierminister: „Das weiß ich. Aber wir werden demnächst den Realitäten gegenübergestellt werden, oder wir werden uns an den Abgrund führen lassen. Die französische Ruhrbesetzung bringt keinen Vorteil, weder Frankreich, noch England, noch irgend jemand, aber sie birgt in sich die Keime für alle möglichen Kalamitäten. Es wäre ein großer Irrtum, anzunehmen, daß man auf längere Zeit ungestraft eine Nation in ihren Interessen schädigen oder in ihrem Stolz erniedrigen kann."

*

Paris, 28. Januar. Wie aus London berichtet wird, wird Ramsay Macdonald mit Mac Kenna, dem Vorsitzenden des zweiten Sachverständigenausschusses, der sich augenblicklich in London aufhält, vor dessen Abreise nach Berlin verhandeln. Nach derselben Meldung versichert man in politischen Kreisen, Macdonald und Mac Kenna seien hinsichtlich der zu verfolgenden Politik, namentlich was die Arbeiten der beiden Sachverständigenausschüsse anbetreffe, vollkommen einig.

Besuch Jaspers bei Poincare.

Paris, 28. Januar. Ministerpräsident Poincaré verhandelte gestern nachmittag von 3 bis 5 Uhr mit dem belgischen Außenminister Jasper, der mittags in Paris angekommen war. Die ohne vorherige Ankündigung erfolgte Reise Jaspers nach Paris hat, wie der Korrespondent des „Temps" berichtet, in Brüssel lebhafte Aufmerksamkeit erregt. Von allgemein gut unterrichteter Seite erfährt man, Poincaré und Jasper würden über die Verwaltungsfragen, die das Ruhrgebiet betreffen, sprechen, namentlich über den Ertrag der Pfänder. Im Anschluß daran würden auch andere Einzelfragen geprüft werden. Es sei anzunehmen, daß Jasper mit Poincaré auch über die allgemeine diplomatische Lage sprechen werde. Wie der Brüsseler Berichterstatter des „Journal des Débats" meldet, erklärt man in politischen Kreisen, die Unterredung mit Poincaré habe sich auch auf die Arbeit der Sachverständigen-Ausschüsse erstreckt. Jasper habe Poincaré einige Aufklärungen über die technischen Studien der belgischen Delegation gegeben.

*

Nachgeben in der Pfalzfrage.

Paris, 28. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Aussprache zwischen den beiden Staatsmännern hat zwar keine definitiven Beschlüsse ergeben, doch haben sich die beiden Regierungen, insbesondere Frankreich, zu einem ersten Zugeständnis an den englischen Standpunkt entschlossen in der Frage der autonomen rheinpfälzischen Bewegung. Die beiden Länder verzichten danach auf die Ratifizierung der von der provisorischen Regierung in Speyer getroffenen Verfügungen. Immerhin bleibt den aus der Pfalz vertriebenen Beamten die Rückkehr vorläufig untersagt.

Die Separatistenplage am Rhein.

Speyer, 27. Januar. Am Donnerstag abends gegen 7 Uhr meuterte die separatistische Besatzung im Regierungsgebäude in Speyer. Ihre Forderungen nach höherer Entlohnung und besonderer Verpflegung wurden abgelehnt. Die beiden Regierungsmitglieder Eder und Schmidt-Eppler mußten flüchten. Sie flohen durch die Mittelstraße in die französische Kaserne. Von dort jagen sie mit dem berüchtigten separatistischen Stoßtrupp, der sogenannten fliegenden Ems, und einer Kompagnie Marokkaner vor das Regierungsgebäude. Die fliegende Ems drang von vorn, die Marokkaner von der Rückseite in das Gebäude. Die Meuterer wurden entwaffnet, insgesamt 60 Leute. Sie wurden an Händen und Füßen gefesselt und in den Keller des Regierungsgebäudes gesperrt, wo sie bei Wasser und Brot in Haft sitzen.

*

Ludwigshafen, 27. Januar. Ein Separatistenführer sprach gegen den englischen Generalkonsul Clive folgende Drohung aus: Wenn Clive nicht nach München zurückgekehrt wäre, dann hätte er um die Ecke gebracht werden müssen, denn was er den Separatisten angetan habe, dürfe nicht ungesühnt bleiben.

Prager Panama-Skandal.

Die Erträgnisse des Branntweinmonopols als Wahlgelder.

Wenn wir nicht irren, ist es der Demokrat Friedrich Naumann gewesen, der einmal das nachdenkliche Wort prägte, „daß die Korruption eine Schwester der Demokratie sei". Gerade gegenwärtig hat Europa Gelegenheit genug, staunend zu bewundern, wie richtig Naumann die Dinge sah. In Frankreich gibt man sich alle Mühe, den ungeheueren Skandal der Wiederaufbaugebiete zu vertuschen, wo Milliarden Schiebern und Berufspolitikern an den Hals geworfen wurden, während die wirklich Geschädigten fast leer ausgingen. Und bei den engen Beziehungen, die zurzeit zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei herrschen, darf natürlich ein ähnlicher Vorgang in Prag nicht fehlen. Man erfährt darüber nur sehr wenig, weil die Zahl der Beteiligten recht groß ist, jeder einzelne aber ein starkes Interesse hat, nicht kompromittiert zu werden und infolgedessen alle wie ein Haufen Kletten zusammenhalten. Aber es ist doch nachgerade genügend durchgesickert, um wenigstens zu ahnen, wie tief verrottet die Moral der tschechisch-slowakischen Republik bereits ist. Den Ausgangspunkt nahm dieser Skandal, als Präsident Majarnk beim Neujahrsempfang den Präsidenten des tschechischen Senats, Herrn Praschek, offensichtlich schnitt und es vermied, dem Herrn die Hand zu geben. Praschek selbst ist der Typ des Glücksritters. Er hat seinen Weg im alten Oesterreich genommen und brachte es vom fahrenden Musikanten zur Exzellenz, wurde aber rechtzeitig Republikaner, Ackerbauminister und später Senatspräsident, um dann als Leiter der Spiritusgenossenschaft einen ebenso einträglichen wie einflußreichen Posten zu finden.

Die findigen Tschechen benutzten nämlich das Branntweinmonopol, um die Erträgnisse zur Finanzierung ihrer Wahlen zu benutzen. Die Methoden, die dabei angewendet wurden, nennt man auf gut deutsch Bestechung; die Schmiergelder gingen durch so viel Hände, daß eigentlich die Finger der Führer aller tschechischen Parteien, mögen das nun die Sozialdemokraten oder die Agrarier sein, mehr oder weniger vergoldet wurden. Im ganzen soll es sich dabei um Beträge von dreißig Millionen handeln, also immerhin um eine Summe, die hinreichend Staub aufwirbeln könnte. Nun haben aber die tschechischen Parteien, um sich die Herrschaft im Staate zu sichern und die Opposition, namentlich die Deutschen, mundtot machen zu können, eine große Versicherung auf Gegenseitigkeit gegründet. Ihre innerpolitischen Gegensätze haben sie rechtzeitig stets in der Versenkung verschwinden lassen, wenn ihre Stellung an der staatlichen Futterkrippe gefährdet war, und so haben sie sich dann auch in diese Schnapsgelder brüderlich geteilt, so daß einer dem anderen keinen Vorwurf machen kann. Sobald davon etwas in die Oeffentlichkeit zu dringen drohte, wurden die vorlauten Sprecher schleunigst mundtot gemacht, und der Skandal blieb vertuscht. Auch Herrn Majarnk wird es kaum gelingen, daran etwas zu ändern. Er scheint zwar zu erreichen, daß Herr Praschek wenigstens das Amt des Senatspräsidenten niederlegt, aber damit wird sich die Aktion wohl auch totlaufen, denn die tschechischen Parteien wehren sich mit Händen und Füßen dagegen, daß etwa das Parlament einberufen würde, weil dort die Opposition die Möglichkeit hätte, den ganzen Skandal aufzudecken. Und der andere Weg zum Großreinemachen wäre eben der, daß Herr Majarnk den tschechischen Nationalblock zerschlüge, um mit Hilfe der Opposition zu regieren. Aber dazu wird er sich ebensowenig entschließen, denn die Deutschen dürfen in der Tschechoslowakei auch nach Ansicht des Herrn Majarnk nur Objekt der Gesetzgebung sein.

Der Bündnisvertrag gegen Deutschland.

Frankreich-Tschechoslowakei.

Paris, 27. Januar. Der französisch-tschechoslowakische Vertrag stellt einen entschiedenen Bündnis- und Freundschaftsvertrag zwischen der Tschechei und Frankreich dar. Aus dem Wortlaut geben wir folgende wichtigen Punkte wieder:

1. Die beiden Regierungen verpflichten sich, sich über alle auswärtigen Fragen zu verständigen, die dazu angetan sind, ihre Sicherheit in Frage zu stellen und die durch die Friedensverträge hergestellte Ordnung zu schädigen.

2. Die Vertragschließenden werden sich über die Maßnahmen verständigen, die in allen Fällen notwendig sind, wenn ihre beiderseitigen Interessen bedroht werden sollten.

3. Sie sind sich vollständig einig über die Wichtigkeit der politischen Grundsätze des Artikels 88 im Vertrage von Saint Germain, sowie in den Genfer Protokollen vom 4. Oktober 1922 für die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens und sie verpflichten sich, sich über alle Maßnahmen zu einigen, die im Falle einer Verletzung jener Grundsätze zu treffen sind.

4. Sie nehmen besondere Notiz von den Erklärungen der Botschafterkonferenz vom 3. Februar 1920 und vom 1. April 1921, sowie von der Erklärung der ungarischen Regierung, den alliierten Vertretern gegenüber vom 10. November 1921, und sie verpflichten sich zur gegenseitigen Verständigung für den Fall, daß ihre Interessen durch die Nichterfüllung jener Grundsätze bedroht werden sollten.

5. Sie bestätigen ihr volles Einverständnis über die Notwendigkeit zur Aufrechterhaltung des Friedens,

eine gemeinsame Haltung gegenüber jedem Versuche zur Wiederherstellung der Dynastie der Hohenzollern in Deutschland einzunehmen und sie verpflichten sich in diesem Falle die Vorkehrungen zu treffen, welche in einem solchen Falle durchzuführen sind.

6. In Uebereinstimmung mit den Grundsätzen, welche in Völkerbundspakte zum Ausdruck gebracht worden sind, verpflichten sich die Vertragsteile, daß in jedem Falle, wenn in Zukunft zwischen ihnen strittige Fragen entstehen, die durch freundschaft-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240128016/fragment/page=0001

liche Verkündigung oder auf diplomatischem Wege nicht zu lösen sind; diese Streitfälle dem ständigen internationalen Gerichtshof vorgelegt werden.

7. Beide Vertragsteile verpflichten sich, sich jene Uebereinkommen mitzuteilen, welche ihre Politik in Mitteleuropa betreffen.

8. Dieser Vertrag wird dem Völkerbunde entsprechend dem Artikel 18 des Paktes mitgeteilt werden. Dieser Vertrag wird ratifiziert und die Ratifikationsurkunden werden sobald als möglich in Paris ausgetauscht werden. Zur Bekräftigung des Uebereinkommens haben die Bevollmächtigten den Vertrag unterschrieben und die Siegel darunter gesetzt.

*

Rom, 26. Januar. Der jugoslawische Ministerpräsident Balitsch und Außenminister Ninchitsch sind in Rom eingetroffen und haben die vorbereiteten Verträge mit Italien unterzeichnet. Wie in diplomatischen Kreisen verlautet, handelt es sich um einen politischen Freundschaftsvertrag sowie um das Uebereinkommen bezüglich des sogenannten Freistaates Fiume. Beide Verträge sollen dem Völkerbund vorgelegt werden. Bezüglich des politischen Vertrages heißt es in unterrichteten Kreisen, daß sich auf Grund der gegenseitigen Bekräftigung der Geltung der Friedensverträge von St. Germain und Trianon beide Staaten zur Neutralität verpflichten, falls einer von ihnen ohne sein Verschulden in einen Krieg verwickelt werden sollte. Eine weitere Bestimmung besagt, daß bei einem gewaltsamen Ueberfall durch eine dritte Macht der nicht betroffene Vertragsteil dem anderen Staat politische und diplomatische Hilfe leistet.

* * *

Erweiterung der Bündnisse auf Belgien, Polen und Ungarn?

Paris, 28. Januar. In journalistischen Kreisen ist die Auffassung verbreitet, daß Belgien nicht abgeneigt sei, dem französisch-tschechischen Vertrag beizutreten. Außenminister Jaspar, der gestern abend bei Poincaré Dr. Benesch gesprochen hat, soll in diesem Sinne Andeutungen gemacht haben.

*

London, 28. Januar. Dr. Benesch hat einem Mitarbeiter des „Daily Telegraph" vor seiner Abreise nach Paris erklärt, er hoffe demnächst auch mit Polen einen Vertrag abschließen zu können. Weiter bestehe begründete Aussicht auf ein enges Zusammenarbeiten zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn.

Landesratswahl im Saargebiet.

Saarbrücken, 28. Januar. Das vorläufige Ergebnis der Wahl zum Landesrat (bis 11.30 Uhr nachts Saarbrücker Zeit) für die Stadt Saarbrücken ist folgendes: Abgegeben wurden für das Zentrum 10 540 Stimmen, für die Mehrheitssozialisten 6 168, für die Kommunistische Partei 6 028, für die Deutschsaarländische (Deutsche) Volkspartei 7 835, für die Deutschnationale Volkspartei 1 597, für die Saarländische Arbeitsgemeinschaft (Saarseparatisten) 825, für die Vereinigung von Hausbesitz und Landwirtschaft 2 625, für die Kombinationsliste 396.

Weitere Ergebnisse:

Stadt Neunkirchen: Zentrum 3 250, Mehrheitssozialisten 2 900, Deutsch-Saarländische Volkspartei 2 300, Kommunistische Partei 2 800, Saarländische Arbeitsgemeinschaft 360, Deutschnationale Volkspartei 35, Partei für Hausbesitz und Landwirtschaft 1 127.

Stadt Völklingen: Zentrum 1 849, Mehrheitssozialisten 1 318, Deutsch-Saarländische Volkspartei 1 521, Kommunistische Partei 1 528, Saarländische Arbeitsgemeinschaft 101, Deutschnationale Volkspartei 63, Partei für Hausbesitz und Landwirtschaft 380.

Stadt Merzig: Zentrum 6 314, Mehrheitssozialisten 1 294, Deutsch-Saarländische Volkspartei 558, Kommunistische Partei 2 170, Saarländische Arbeitsgemeinschaft 164, Deutschnationale Volkspartei 40, Partei für Hausbesitz und Landwirtschaft 299.

Stadt St. Wendel: Zentrum 5 633, Mehrheitssozialisten 1 419, Deutsch-Saarländische Volkspartei 295, Kommunistische Partei 789, Saarländische Arbeitsgemeinschaft 357, Deutschnationale Volkspartei 57, Partei f. Hausbesitz u. Landwirtschaft 390.

Kreis Saarlouis: Zentrum 20 327, Mehrheitssozialisten 5 128, Deutsch-Saarländische Volkspartei 2 281, Kommunistische Partei 8 112, Saarländische Arbeitsgemeinschaft 1 211, Deutschnationale Volkspartei 77, Partei für Hausbesitz und Landwirtschaft 665.

Kreis Ottweiler: Zentrum 19 520, Mehrheitssozialisten 10 185, Deutsch-Saarländische Volkspartei 4 920, Kommunistische Partei 7 183, Saarländische Arbeitsgemeinschaft 1 394, Deutschnationale Volkspartei 165, Partei für Hausbesitz und Landwirtschaft 2 500.

Die Reise der Sachverständigen nach Berlin.

Paris, 27. Januar. Die beiden Sachverständigenausschüsse treffen ihre Reisevorbereitungen. In der gestrigen Sitzung wurde beschlossen, die detaillierten Angaben, die die Sachverständigen von den Berliner Behörden während ihres 15tägigen Aufenthalts erhalten werden, nicht von vornherein als erwiesen anzusehen. Die Sachverständigen werden vielmehr von französischen, englischen und belgischen Experten begleitet sein, deren Aufgabe es ist, die deutschen Statistiken eingehend nachzuprüfen. Auf diese Weise hofft man zu ermitteln, ob die Schlußfolgerungen der Sachverständigen mit der Auffassung des Garantiekomitees übereinstimmen.

Verschärfung der Lage im englischen Verkehrsstreik.

London, 28. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern abend geführte Verhandlungen zwischen der Streikleitung und dem Generalrat der Trade Union konnten eine Einigung im Eisenbahnerstreik noch nicht bringen, doch werden die Verhandlungen heute fortgesetzt. Nach einer Meldung aus Bristol überträgt sich die Streikluft jetzt auch auf die Transportarbeiter, die ihre Streikleitung aufforderten, in London höhere Löhne zu verlangen und im Ablehnungsfalle den Generalstreik der Transportarbeiter zu beschließen.

Trauerfeier für Lenin.

Die politischen Erben ohrfeigen sich.

Moskau, 28. Januar. Am Sonntag nachmittag um 2 Uhr, zur Zeit der Bestattung Lenins, wurden gleichzeitig auf dem ganzen Territorium der Sowjetunion Gewehrsalven abgeschossen. Alle Fabriken und Betriebe salutierten mit ihren Sirenen, die Eisenbahn stand fünf Minuten still, der Telegraph und die Radiostationen gaben überallhin die Worte wieder: Lenin ist tot, aber sein Werk wird ewig leben. Das drahtlose Telephon spielte den Trauermarsch.

*

London, 28. Januar. Aus Moskau wird gemeldet: Nach einer stürmischen Sitzung, die über zwei Stunden lang währte, und in der Prechrajenski Kameneff ohrfeigte, beschloß das Exekutivkomitee, Trotzki nicht verhaften zu lassen, sondern ihn in seiner Bewegungsfreiheit einzuschränken dadurch, daß ihm nicht gestattet wird, die Eisenbahn zu benutzen. Er soll gezwungen werden, in einer kleinen Stadt Südrußlands zu leben, wo er ständig von Agenten der Tscheka bewacht sein wird.

Berlin, 27. Januar. Die Reichstags- und Landtagsfraktion der Kommunistischen Partei hatten am Sonntag in Berlin zu Ehren Lenins von dem Preußischen Innenminister erlaubte Trauerfeiern veranstaltet. Im Großen Schauspielhaus ergriff Landtagsabgeordneter Hugo Eberlein das Wort, wobei er ausführte: „Die Parole der deutschen KPD. sei nach wie vor: Kein Kuhhandel mit dem Bürgertum, sondern Klassenkampf auf Tod und Leben! In den deutschen Kommunisten lebe der Geist Lenins weiter und es werde alles getan werden, um die Ziele des großen Führers auch in Deutschland zu verwirklichen."

55 Kommunisten verhaftet.

Hamburg, 28. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Am Sonntag wurden in Brunsbüttel 55 Teilnehmer einer kommunistischen Versammlung, darunter Delegierte aus Berlin, Leipzig und Nordwestdeutschland von der Polizei verhaftet. Reichhaltiges Material, das einen wichtigen Einblick in die Pläne der kommunistischen Partei gestattet, wurde beschlagnahmt. Die Vernehmungen dauern noch fort und infolgedessen ist es vorläufig nicht möglich, weitere Mitteilungen zu machen.

Um den Abbau der Wohnungswirtschaft.

Preußischer Landtag. Der Landesverrat der Sozialdemokratie.

Berlin, 26. Januar. Im preußischen Landtage schloß die Aussprache über die Erwerbslosenfürsorge, Hebung der Bautätigkeit, Schaffung neuer Wohnungen usw. am Sonnabend ab mit einer recht impulsiven Rede des Redners der Wirtschaftspartei Laverdorff, der in heiserer Polemik gegen die Sozialdemokratie, insbesondere gegen ihren Sprecher am Freitag, den Abg. Lüdemann, den Hausbesitz vertrat. Er forderte endliche Festsetzung angemessener Goldmieten, die Möglichkeit der Aufnahme einer Reparaturhypothek, Wiedereinführung des Leistungsprinzips sowie Wiederherstellung der Achtung vor dem durch die Verfassung gewährleisteten Privateigentum. Die Zwangswirtschaft habe lediglich ungeheure Steuerausfälle, Unterbindung jeder geregelten Bautätigkeit sowie einen Verwaltungsapparat im Gefolge gehabt, der ungeheure Summen verschlingen habe. Nur die Aufhebung dieser Zwangswirtschaft könne zur Gesundung führen und insbesondere auch erst den Anreiz geben zu neuer Bautätigkeit. Das Wort nahm darauf der Wohlfahrtsminister Hirtsiefer. Seine Rede war das gerade Gegenteil von dem, was der Vorredner ausgeführt hatte: was Herr Laverdorff schwarz nannte, nannte er weiß, und umgekehrt. Der Minister verteidigte die bisherige Wohnungspolitik und wies besonders

die Vorwürfe gegen die Zwangswirtschaft

zurück. Es seien immerhin eine große Anzahl neuer Wohnungen hergestellt worden, so im Jahre 1922 44 000, im folgenden Jahre 72 000. Die Friedensmiete bis zu einem bestimmten Termin zu erreichen, etwa bis zum 1. Oktober, sei unmöglich, da die mit wirtschaftliche Entwicklung nicht übersehen könne, und da ja das Einkommen der Beamten, Angestellten und Arbeiter gegenwärtig auf ungefähr die Hälfte herabgesetzt sei. Ohne Zwangswirtschaft wäre die Grundsteuer, das Rückgrat der Staatsfinanzen, unmöglich. Die Wohnungsbauabgabe habe nur deshalb versagt, weil sie nicht früh genug wertbeständig gemacht wurde. Bei einer Aenderung des Prinzips unserer Wohnungspolitik würden Tausende und Millionen noch mehr unter die Räder kommen als bisher. — Nach einem Schlußwort des Sozialdemokraten Meyer-Solingen überwies man den Gegenstand der Aussprache dem Hauptausschuß und wandte sich darauf der deutschnationalen Interpellation über das

Abkommen der deutschen Sozialdemokraten mit der Sozialdemokratie Dänemarks

zu, das die endgültige Anerkennung der jetzigen dänischen Grenze betrifft. Der deutschnationale Abg. Dr. Milberg bezeichnet das Abkommen als eine bewußte Preisgabe der zu Unrecht an Dänemark gefallenen deutschen Volksteile; diese müßten das Recht haben, zu ihrem Vaterlande zurückzukehren. — Da das Haus die Anwesenheit des Ministerpräsidenten Braun bei Behandlung der Frage wünschte, setzte man die Aussprache bis auf weiteres aus. Das Haus wandte sich der Beratung des Antrags v. Campe zu, der eine Aenderung der Reichsverfassung dahin fordert, daß, wie im alten Bundesrat, die Stimmen Preußens im Reichsrat einheitlich abgegeben werden sollen. Inzwischen ist Ministerpräsident Braun erschienen; das Haus tritt in die Besprechung der Großen Anfrage der Deutschnationalen betr. die dänische Grenze ein. Ministerpräsident Braun: Ich bin durch Beschluß des Hauses hierher zitiert und dadurch an der weiteren Teilnahme an sehr wichtigen Beratungen des Reichskabinetts über die Rhein- und Ruhrfrage verhindert worden. Die zur Besprechung stehende Anfrage ist dem zuständigen Minister überwiesen und von dessen Kommissar beantwortet worden. Ich habe dieser Antwort nichts hinzuzufügen (große Unruhe rechts); ich stehe bezüglich der Materie auf dem von mir in diesem Hause mehrfach präzisierten Standpunkt. Gestatet das Haus nicht, dann muß ich bitten, die Debatte hinauszuschieben, bis das Staatsministerium Beschluß gefaßt hat. Ein Antrag des Abg. Milberg (Dn.), nunmehr die Besprechung bis Mittwoch zu vertagen, findet den Widerspruch der Sozialdemokraten. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird beschlossen, die Besprechung zu vertagen. Die Besprechung wird hierauf bis nach Erledigung der Grundsteuer vertagt.

Der preußische Landesverband der Haus- und Grundbesitzer hat gestern auf einer Tagung eine Resolution angenommen, in der unverzüglicher Abbau der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen gefordert wird.

Merges wegen Urkundenfälschung verurteilt. Der ehemalige kommunistische Ministerpräsident von Braunschweig, August Merges, wurde wegen Beihilfe zu Urkundenfälschungen zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Exemplarische Strafen für Landfriedensbruch. In einem dreitägigen Prozeß vor der Stargarder Strafkammer wegen des bekannten Ueberfalls auf der Dramburger Jungsturm im Juni vorigen Jahres wurden folgende Urteile verkündet: Stadtsekretär a. D. Jonas und Zimmermann Lüne je zwei Jahre Zuchthaus und 8 Jahre Stellung unter Polizeiaufsicht; Kinobesitzer Max Morwaldt 1½ Jahre Zuchthaus und 8 Jahre Stellung unter Polizeiaufsicht; Küster und Ratsherr Wilh. Hamann zu 1½ Jahre Gefängnis, Arbeiter Gustav Jacob 1 Jahr Gefängnis und beide 4 Jahre Stellung unter Polizeiaufsicht. Diese fünf Angeklagten wurden wegen schweren Landfriedensbruchs und als Rädelsführer verurteilt. Von den übrigen 19 Angeklagten wurden zwei freigesprochen, der Rest mit Gefängnis von 1 Jahr bis zu 4 Monaten bestraft.

Der Erfinder.

Ein deutscher Roman aus Amerika von Moritz Schäfer.

(1. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Das von der Genossenschaft erworbene Terrain wurde parzelliert und zu billigem Preise abgegeben; das Baumaterial beschaffte die Gesellschaft, auch Maurer und Zimmerleute wurden gestellt und eine Wasserleitung in Angriff genommen. Senator Smells aber war der erste Mann in der kleinen Stadt, die eine Riesenstadt werden wollte, wenn möglich die größte in der Welt. Smells würde ihr dazu verhelfen, und wenn die Zeit für den 58jährigen nicht mehr lange, das Ziel zu erreichen, dann würde sein Erbe das Werk vollenden. Sein Erbe! Archibald Smells war aus einem Felsblock der Alaska-Mountains gehauen, sein bartloses Gesicht war steinern und sein Wille war Granit. Und dennoch lebte in dem Felsblock eine Seele. Eine Seele, die leise, ganz leise Schmerz empfand, weil dieser Erbe kein Sohn sein konnte. Würde Blossom Smells, die einzige Tochter des Senators, stark genug sein, Gigantic-town zum Siege zu verhelfen? . . .

Archibald Smells fuhr von Berlin aus nach der ehemaligen Schwedenfestung Ransow an der Ostsee, weil er erfahren hatte, daß dort ein Mirakel käuflich zu erstehen sei. Ein Mirakel für Gigantic-town, um das es in 100 Jahren die Welt beneiden würde. In der alten Holzkirche, einem heute nur noch als Getreideschuppen benutzten primitiven Kultbau aus der Schwedenzeit, hatte man einen „echten" Rembrandt entdeckt, das heißt, der Berliner Archivrat Riesterboom glaubte den Nachweis erbracht zu haben, daß das Altarbild (barmherzigen Samariter darstellend) unanfechtbar ein Werk des großen Niederländers sei. König Gustav Adolf von Schweden hatte das Bild der Kirche von Ransow gestiftet, weil er hier durch die Kunst eines medizinkundigen Pastors von seinem chronischen Gichtleiden befreit worden war. Archibald Smells kam, sah und siegte. Alle Bewerber um den barmherzigen Samariter, die aus Smells' auf dem Plane erschienen, hatten umständliche Nachprüfungen verlangt. Senator Smells aber sagte sich, entweder ist der barmherzige Samariter echt, dann kann sich Gigantic-town zu dem Erwerb gratulieren, oder es ist umstritten, dann redet man von dem Bilde, und alles, wovon man redet, ist Reklame. Reklame aber ist des Yankees oberste Gottheit. Bis einer aufsteht und der Welt den bündigen Nachweis erbringt, daß das Bild falsch ist, kann noch viel Wasser in den Ozean laufen. Und selbst wenn die Fälschung endgültig nachgewiesen wird, erstehn sofort ein neuer Prophet für die Echtheit. Man kann solche Propheten, wenn's nottut, aus Samen oder Stecklingen selber „ziehen".

Also kaufte Herr Smells den Rembrandt.

„Haben Sie hier noch mehr Sehenswürdigkeiten?" fragte Mr. Smells, bevor er abfuhr, den Bürgermeister.

„Ja, Herr Senator, eine Schwebebahn, die unsere Getreidelagerhäuser im Hafen direkt mit dem jenseits der Lagune gelegenen Mühlenterrain verbindet. Die Bahn ist in ihrer ganzen Anlage ein technisches Jorum. Ihre praktische Bedeutung beruht darauf, daß ein Brückenbau überflüssig wurde. Auch hätte das Terrain einer Eisenbahn unüberwindliche Schwierigkeiten in den Weg gelegt."

„Well, zeigen Sie mir die Bahn, bitte."

Er sah die Bahn, die in zierlichen Eisenkonstruktion, wie ein Spielzeug anmutend, den Kanal und die Lagune überquerte, in mäßiger Steigung eine Luftlinie von 5 Kilometern überwand und in schwebenden Käfigen Waggonladungen Getreide zu den Mühlen aufs Hochplateau schleppte.

Smells fuhr selbst in einem für die Personenbeförderung eingerichteten Riesenkäfigchen mit und empfing unterwegs ein Radiogramm, worin die Sensation die soeben herausgegebenen Kurse vom Hamburger Produktenmarkt meldete.

„Wer hat die Bahn gebaut?"

„Das städtische Hoch- und Tiefbauamt, Herr Senator."

„Das kann ich mir denken, Herr Bürgermeister! Ich meine, von wem stammen die Pläne?"

„Ja," sagte der Bürgermeister, „das ist so 'ne Sache."

„Wieso?"

Der Herr Bürgermeister wollte nicht recht mit der Sprache heraus. Schließlich sagte er: „Im Grunde genommen sind die Pläne eine Kompagniearbeit. Der erste rohe Entwurf stammt von einem kleinen Unterbeamten. Mein Gott, ja, ein blindes Huhn findet auch mal ein Körnchen! Aber aus dem Wust verworrener Gedanken, den gesunden, der Ausführung würdigen Kern herauszuschälen, das blieb unserem Geheimen Oberbaurat Visliceanus vorbehalten. Der Herr Geheimrat ist denn auch der eigentliche Vater des Ganzen; von ihm stammt namentlich auch die Idee der hydraulischen Bremse."

„Das einzig Verkehrte an der Bahn!"

„Verzeihung, Herr Senator! Unser Herr Geheimrat Visliceanus —"

„Ist ein großes Licht, ich weiß! Aber wie heißt das kleine Licht, der Unterbeamte mit den verworrenen Gedanken, aus denen man erst den brauchbaren Kern herausschälen muß?"

„Bauer."

„Ich danke Ihnen, Herr Bürgermeister. Kann ich wohl diesen Herrn Bauer einmal sprechen?"

„Gewiß, Herr Senator. Wenn Sie wünschen, führe ich Sie zu seinem Bureau. Er ist jetzt im Dienst. Aber wenn ich mir eine Bemerkung erlauben dürfte, nehmen Sie den Mann nicht zu ernst, er „spinnt" ein bißchen!"

„Spinnen?" Smells denkte dem Herrn Bürgermeister auf die Stirn. „Das heißt ja wohl — — —"

„Ganz recht," lachte das Oberhaupt der guten Stadt Ransow, „ich sehe, der Herr Senator ist im Bilde."

„Well, Herr Bürgermeister, ich bin vollkommen orientiert!"

II.

Die kanadische Sendung.

„Herr Bauer?"

Der Angeredete fuhr von seinem Reißbrett auf. Vor ihm stand ein kleiner Mann, der sah in seinem grauen Reiseanzug aus wie ein Granitblock. Massiv, eckig, die Züge unbeweglich und steinern.

„Zu dienen, mein Herr!"

„Well, Mister Bauer, ich bin der Senator Smells."

„Womit kann ich dienen, Herr Senator?"

„Sie sind Ingenieur?"

„Ingenieur, Architekt, Elektrotechniker — ein bißchen von allem."

„Well, was treiben Sie hier?"

„Ich maxiere das fünfte Rad am Wagen, Herr Senator!"

„Darf ich fragen, was das für Pläne sind, mit denen Sie sich gerade beschäftigen?"

„Städtische Barackenbauten."

„Irgendwelche Neuerungen?"

„Nein."

„Warum werden Sie mit solchen Dingen beläßtigt? Dazu genügt ein Handlanger."

„Bin ich doch, Herr Senator."

„No!"

Halb beschämt, halb belustigt schaute Bauer dem Amerikaner ins unbewegte Gesicht.

„Ich bin Ihnen sehr verbunden für Ihre gute Meinung von mir, Herr Senator," sagte er, „leider ist meine vorgesetzte Behörde anderer Ansicht."

„Sie haben wohl die Schwebebahn konstruiert?"

„Ich darf wohl sagen, sie ist in der Hauptsache mein Werk. Das heißt — — —"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240128016/fragment/page=0002

Leichte Besserung am Arbeitsmarkt.

Die Berichte der Landesämter für Arbeitsvermittelung zeigen in den ersten drei Wochen des Monats Januar eine stetig fortschreitende Besserung der Gesamtlage. Bei der Mehrzahl der Industrie- und Gewerbebetriebe sowie im Handel macht sich eine teils stärkere, teils geringere Zunahme der Beschäftigungsmöglichkeiten bemerkbar. Sogar die Nachfrage nach ungelerntem Personal gestaltet sich etwas günstiger. Allerdings bereitet der Wirtschaft die Kapitalbeschaffung noch erhebliche Schwierigkeiten. Die Besserung der Lage zeigt sich noch nicht in einer Verminderung der Arbeitslosenziffer, wohl aber in einem sehr starken Rückgang der Kurzarbeit. Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau haben sich die Absatzmöglichkeiten gebessert, so daß viele Betriebe wieder zur Vollarbeit übergehen konnten. Im Kalibergbau der Provinz Sachsen wird noch kurz gearbeitet, in der Provinz Hannover arbeiten einige Betriebe voll, alle übrigen stark verkürzt. Die Baustoffindustrie ist infolge des starken Frostes größtenteils wesentlich eingeschränkt. In der Metall- und Maschinenindustrie hat sich die Lage von Woche zu Woche etwas gebessert, vielfach konnte man zur Vollarbeit zurückkehren. In der chemischen Industrie ist die Beschäftigung nicht einheitlich. Die Sprengstoff- und Stickstoffwerke sind durchweg beschäftigt. Der Konjunkturenaufstieg im Spinnstoffgewerbe macht weitere Fortschritte. In verschiedenen Teilen Deutschlands arbeiten große Betriebe bereits wieder mit Ueberstunden und Doppelschichten. Eine Belebung zeigt sich auch in der Kartonnagen- und Pappenindustrie. In der Lederbranche hat sich das Geschäft ebenfalls belebt. Im Zeichen steigender Konjunktur stehen die Schuhfabriken in allen Teilen Deutschlands. Die verschiedenen Zweige des Holzgewerbes gehen allmählich wieder zu voller Beschäftigung über. Stark beschäftigt ist die gesamte Schokoladen-Industrie. Auch die Margarine-Werke erhöhten die Zahl ihrer Arbeiter. Die Besserung im Tabakgewerbe hält an. In der Mühlenindustrie liegen die Verhältnisse weniger günstig. Am Arbeitsmarkte der kaufmännischen Angestellten, der allerdings vorläufig durch Entlassungen bei Banken und Behörden stark belastet wird, zeigt sich seit einiger Zeit eine sehr rege Nachfrage nach qualifizierten Kräften, insbesondere nach Vertretern und Reisenden.

Notwendigkeit einer Ermäßigung der Börsenumsatzsteuer.

Der Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes hat, und zwar gleichzeitig auch im Namen und im Auftrage des Reichsverbands der Deutschen Industrie sowie des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels eine Beseitigung der während der Inflationsepoche im Verordnungswege eingeführten Zuschläge zur Börsenumsatzsteuer und demnach die Wiederherstellung derjenigen Sätze beantragt, welche in den §§ 52, 53 des Kapitalverkehrssteuergesetzes vom 8. April 1922 für normale Zeiten vorgesehen sind. In der Eingabe wird betont, daß infolge der seit Dezember v. J. eingetretenen Stetigkeit der Devisenkurse die für die Bemessung der geltenden Börsenumsatzsteuersätze maßgebend gewesenen Voraussetzungen eine völlige Veränderung erfahren haben. Bei dem Verlangen nach Abbau der heutigen abnormen Sätze handele es sich weder ausschließlich noch auch nur in erster Linie um ein Interesse der am Bank- und Börsenverkehr unmittelbar teilnehmenden Berufskreise, sondern es stehen dabei sehr erhebliche Belange der gesamten Wirtschaft sowie auch des Sparkapitals der Bevölkerung auf dem Spiel. Je dringender sich der Kapitalbedarf der Industrie und des Handels gestaltet, je umfassender die Ansprüche der wirtschaftlichen Unternehmungen an den Geldmarkt sind und je schwerer es den Banken und Kreditunternehmungen wird, die für die Befriedigung dieser Ansprüche erforderlichen Mittel flüssig zu machen, um so wichtiger ist es volkswirtschaftlich, dem anlagebedürftigen Kapital weitestgehende Erleichterungen einzuräumen, mindestens aber, und zwar mit möglichster Beschleunigung, Beschränkungen und Fesseln zu beseitigen, die einer anderen und abgeschlossenen Wirtschaftsperiode angehören.

Auch das Interesse der Kleinaktionäre, für welche die bevorstehende Kapitalumstellung der Gesellschaften den Zwang zur Vornahme zahlreicher Aktienkäufe und Aktienverkäufe bedinge, fordere einen Abbau der gegenwärtigen abnormen Sätze. Die finanzwirtschaftlichen Interessen des Reichs würden im Hinblick auf die zu gewärtigende Vermehrung der Umsätze durch die Herabsetzung der zurzeit prohibitiv wirkenden Steuersätze keine Benachteiligung, sondern eine Förderung erfahren. Die Eingabe erwähnt, daß innerhalb der beteiligten Bankkreise die Absicht bestehe, den veränderten Verhältnissen durch eine Herabsetzung auch der Bankierprovision Rechnung zu tragen, sie weist jedoch darauf hin, daß die Herabsetzung der Börsenumsatzsteuer in einem sehr viel weitgehenderem Ausmaße zu erfolgen haben werde, da im heutigen Deutschland die Börsenumsatzsteuer im Verhältnis zur Bankierprovision eine übermäßige Höhe erreicht hat; während sie in Deutschland vor dem Kriege nur einen Bruchteil der Bankierprovision betrug und dies auch heute noch für das Ausland, insbesondere für Frankreich und England zutrifft, sind die Aktienumsätze in Deutschland heute mit einer Umsatzsteuer in Höhe des 1⅔ fachen der Bankierprovision belastet. Die Eingabe vertritt ferner verschiedene Einzelwünsche der Wirtschaft bezüglich der Devisenumsatzsteuer, so, daß dieselbe für Bezahlung von Waren mit Devisen insoweit, als eine solche nach der Devisengesetzgebung zulässig ist, in Wegfall kommt oder ermäßigt wird, daß ferner die Steuerfreiheit der Austausche verschiedener Zahlungsmittel der gleichen ausländischen Währung klargestellt, und daß schließlich die steuerliche Befreiung der Devisenabgaben an die Reichsbank, welche durch eine entgegen der Stellungnahme des Reichsbank-Direktoriums erfolgte fiskalische Auslegung erhebliche Einschränkungen erfahren hat, im ursprünglich beabsichtigten Umfange wiederhergestellt wird.

Einfuhr goldener Taschenuhren unter merkwürdigen Umständen.

Wie die Zeitschrift Uhrmacherkunst mitteilt, wurde in einer Sitzung des Deutschen Uhrenhandelsverbandes E. V. Berlin vom 23. Januar über die Einfuhr von 3000 Stück goldener Herrenuhren und Kalotten im Werte von zusammen 420 000 Franken, die unter recht eigenartigen Umständen erfolgt ist, berichtet. Für die Einfuhr dieser Uhren sind drei Einfuhrbewilligungen erteilt worden, und zwar von der Zweigstelle des Reichskommissars für Aus- und Einfuhr Stuttgart unter Mitwirkung der Zweigstelle der Außenhandelsstelle für Metallerzeugnisse in Stuttgart, durch den Vertreter des Reichskommissars für Aus- und Einfuhr Oberregierungsrat Kümmerle und von dem Vertreter der Außenhandelsstelle Württemberg Bäuerle. Von diesen Herren ist mit der Uhrenfabrik Longines in St. Imier ein Vertrag abgeschlossen worden über die Einfuhr der obengenannten Menge goldener Uhren. Für jede Uhr, die nach Deutschland eingeführt wurde, sollten der württembergischen Regierung 10 Franken für Calotten und 15 Franken für jede Herrenuhr zufließen. Die Uhren sind auch schon zu einem Teil durch Kuriere der Firma Longines nach Deutschland an deren Schwesterfirma in Berlin gelangt. Zirka 700 Stück im Betrage von 140 000 Franken sind auf diesem Wege mit Begleitpapieren des deutschen Konsuls in Zürich nach Berlin geschickt worden. Sie sind inzwischen bei der Berliner Firma von dem Zollgrenzkommissar Groß-Berlins sichergestellt. Die noch ausstehenden zwei Einfuhrbewilligungen wurden gesperrt.

In einer Sitzung bei dem Reichskommissar für Aus- und Einfuhr, dem Referenten im Wirtschaftsministerium und den Herren Dr. Brodnitz und Dr. Kuhnert von der Außenhandelsstelle, zu der auch telegraphisch die Herren Kümmerle und Bäuerle geladen worden, wurde festgestellt, daß von der württembergischen Vertretung des Reichskommissars für Aus- und Einfuhr der Außenhandelsstelle die Einfuhrbewilligung erteilt worden ist. Der Bevollmächtigte der Außenhandelsstelle Stuttgart war vorher in Berlin, um die Angelegenheit hier zu besprechen. Die Bewilligung der Einfuhr wurde von der Berliner Stelle, d. h. der Außenhandelsstelle für Metallerzeugnisse, durch die Reichsbevollmächtigten Dr. Brodnitz und Dr. Kuhnert ausdrücklich abgelehnt. Auch der derzeitige Reichskommissar Herr Geheimrat Mahnke hat die Einfuhr strikte abgelehnt. Die Berliner Behörden haben also in jeder Weise korrekt gehandelt. Der Vertreter der Stuttgarter Stelle, Herr Bäuerle, fuhr jedoch nach Württemberg zurück und berichtete dort: „Es ist alles in bester Ordnung." Von Herrn Oberregierungsrat Kümmerle wurde die Einfuhrbewilligung der fraglichen Uhren daraufhin erteilt. Er unterließ es aber, seiner Berliner vorgesetzten Behörde davon irgendwelche Mitteilungen zu machen.

Aus diesem Tatsachenmaterial ergibt sich, daß eine Zweigstelle einer Reichsbehörde über deren Kopf hinweg die Einfuhr von Waren bewilligte, die sonst verboten ist. Der Umstand, daß aus der Einfuhr der goldenen Uhren eine bestimmte Abgabe an den württembergischen Staat bezahlt werden sollte, gibt sehr zu denken. Die Reichsregierung wird nicht umhin können, zu der ganzen Frage schleunigst eine öffentliche Aufklärung zu geben. Der Deutsche Uhrenhandelsverband hat sofort, nachdem er Kenntnis erhalten, die Behörden benachrichtigt und alle Schritte eingeleitet, um die Angelegenheit restlos klar zu stellen. Für das Uhrmachergewerbe droht aus dieser Einfuhr goldener Uhren eine große Gefahr. Der Kommissar für Ein- und Ausfuhr neigt der Ansicht zu, daß die ordnungsgemäße Freigabe eines Goldkontingents die seit langem beantragt worden ist, nicht erteilt werden konnte, weil die in Frage kommende Summe in Schweizer Franken durch diese merkwürdige Einfuhr aufgebracht worden sei. Wir hoffen, daß diese Auffassung fallen gelassen wird, weil zunächst die eingeführten Uhren beschlagnahmt sind und weil es unerhört wäre, wenn auf Grund dieser Einfuhr der gesamte Importhandel für Uhren geschädigt wird. Wir behalten uns vor, auf die Angelegenheit noch näher zurückzukommen.

Umtausch der K-Schätze.

Aus Kreisen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie erfahren wir, daß in diesen Tagen die Entscheidung darüber zu erwarten steht, ob dem Besitzer der nur schwer verwertbaren K.-Schätze ein leichter realisierbarer Gegenwert vom Reiche ausgehändigt werden soll. Die diesbezüglichen Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium lassen bisher die prinzipielle Bereitwilligkeit erkennen, einen Umtausch der K.-Schätze etwa in kurzfristige Schatzwechsel vorzunehmen. Ueber das Umtauschverhältnis ist noch nichts bekannt, auch noch nicht darüber, ob der Umtausch ganz allgemein durchgeführt werden, oder ob eine Bevorzugung der Exporteure eintreten soll, namentlich der Exporteure, die mit England arbeiten. Die gleichzeitig erwogenen Erleichterungen für die Inhaber von K.-Schatzanweisungen, die eine Inzahlungnahme dieses Besitztitels ganz allgemein für steuerliche Zwecke in Aussicht stellen, scheinen nur wenig Aussicht auf Erfolg zu haben. Andeutungsweise bringt man übrigens die Verhandlungen der Reichsregierung mit der englischen Regierung, betreffend den Verzicht auf ddie 26proz. Exportabgabe, mit dem geplanten Entgegenkommen des Reichsfinanzministeriums in Verbindung.

Einführung der Guldenwährung in Polen. Eine Verordnung des Präsidenten der Republik schafft als polnische Münzeinheit den polnischen Gulden (Zlotyk, der 9/31 Feingold enthält und in 100 Groschen eingeteilt ist). Es sollen Goldmünzen zu 100, 50, 20, 10 und 5 Gulden, Silbermünzen zu 5, 2, 1 und ½ Gulden, Nickelmünzen zu 5, 3 und 1 Groschen zur Ausprägung gelangen. Das Recht der Münzprägung hat nur der Staat. Der Finanzminister wird den Zeitpunkt festsetzen, in welchem die neuen Münzen in Umlauf gesetzt werden.

Maßnahmen des Stahlbundes gegen Preisunterbietungen. Der deutsche Stahlbund beschloß in seiner Hauptversammlung, den Werken mit Rücksicht auf die Unterbietungen am Eisenmarkt zu empfehlen, von jetzt an nicht unter folgenden Grundpreisen zu verkaufen: Stabeisen 130 Mark, Rohformeisen 127 Mark, Universaleisen 140 Mark, Bandeisen 165 Mark, Walzdraht 160 Mark, Grobbleche 150 Mark, Mittelbleche 165 Mark, Feinbleche 175—185 Mark. Die Preise verstehen sich für 1000 Kilogramm mit bekannten Frachtgrundlagen für Lieferung in Thomasgüte. Die Festsetzung des Aufschlages für Lieferung in Siemens-Martin-Güte bleibt den Werken überlassen. Den Großabnehmern soll hierbei ein Preisnachlaß bewilligt werden können, der sich nach den Umsätzen zu richten haben dürfte. Die Preise bleiben zwar noch immer weit unter den jetzigen Gestehungskosten, man müsse aber Rücksicht auf den fremden Wettbewerb, der unter viel günstigeren Bedingungen arbeitet und den deutschen Markt mit viel billigerem Material überschwemmen könne.

Herabsetzung der Zementpreise. Nachdem bereits mit Wirkung vom 1. Januar die Zementpreise am Rhein und im neubesetzten Gebiet besonders stark ermäßigt worden waren, sind nunmehr auch für das unbesetzte Verkaufsgebiet des Rheinisch-Westfälischen Zementverbandes die Zementpreise um durchschnittlich 100 Mark je Doppelwagen a 10 Tonnen herabgesetzt worden. Die neuen Zementpreise treten mit Wirkung vom 1. Februar an in Kraft.

Der Verein deutscher Gummireifenfabriken in Hannover ermäßigte mit Wirkung vom 21. d. M. an die Preise um folgende Prozentsätze: Fahrradreifen (mit Ausnahme von Schlauchreifen) 10 Proz., Kraftradreifen (mit Ausnahme von Kleinkraftreifen) 10 Proz., Vollgummireifen 10—20 Proz., Kraftwagenluftreifen, und zwar Decken 10—20 Proz. und Schläuche 15 Proz., Riesenluftreifen 30 Proz. Die Preise verstehen sich für Lieferungen in das besetzte Gebiet ohne Eingangszoll.

Stinnes in Dänemark. Im verflossenen Sommer verlautete, daß Hugo Stinnes die Oelanlage der in Zahlungsschwierigkeiten und später in Konkurs geratenen Firma Dansk Olie- & Benzin-Import (Inh. Carl J. Bertelsen) in Aarhus erworben hätte. Nun ist, wie der Dt. Handelsdienst aus Kopenhagen meldet, zum Betriebe dieser Anlage eine Gesellschaft unter der Firma „Aktiengesellschaft Dansk Olie- & Benzin-Import" gegründet worden. Die Gründer sind Dr. jur. Albrecht (Hamburg), Konsul S. Weiß und Obergerichtsanwalt And. Christensen (Aarhus). Das Aktienkapital beträgt 150 000 dänische Kronen.

Der Dollar unverändert.

Die Grundstimmung der Börse bleibt freundlich, dies wirkt sich jedoch nur in bescheidenem Umfange in den Kursen aus. Das Publikum zeigt vorläufig keine Lust, der Spekulation mit großen Käufen zu folgen. Heute liegen sogar aus Kreisen der Industrie noch beträchtliche Verkaufsaufträge vor. Die Geldmarktlage bleibt flüssig bei einem Satze von 1½ Proz. für kurzfristiges Geld. Es wäre zweifellos der Augenblick für eine starke Aufwärtsbewegung gekommen, wenn nicht durch die Verschleppung der Aufwertungsfrage und der Besteuerung der Inflationsgewinne eine Atmosphäre der Unsicherheit und Sorge geschaffen wäre. Hierunter leidet die Unternehmungslust außerordentlich. Außerdem wirken auch die bevorstehenden Verhandlungen der Sachverständigenausschüsse in Berlin hemmend. Man ist trotz der verhältnismäßig günstigen Aufnahme, die Dr. Schacht in Paris gefunden hat, in führenden Finanzkreisen doch nicht sehr skeptisch. Günstig beurteilt wird allerdings die wirtschaftliche Lage im Hinblick auf die anhaltend günstigen Berichte aus der Industrie. Man rechnet mit einer weiteren beträchtlichen Verminderung der Arbeitslosigkeit in den nächsten Wochen. Im Devisenverkehr zeigten sich keine wesentlichen Veränderungen. Es liegt nach wie vor ein beträchtliches Angebot in Schecks und Wechseln auf das Ausland vor, so daß die laufenden Forderungen des Einfuhrhandels ohne große Zuhilfenahme von Reichsbankdevisen gedeckt werden können. Die Kurse waren größtenteils unverändert.

Am Effektenmarkt konzentrierte sich das Interesse in der Hauptsache auf die bekannten Spezialpapiers. So entwickelte sich ein großes Geschäft in den Aktien der Darmstädter und Nationalbank und verschiedener weiterer Großbanken. Auch am Markte der Kriegsanleihen fanden wieder bedeutende Umsätze statt. Sie wurden mit 185 nach 210 notiert. Recht fest lagen auch führende Montanwerte. Hier waren folgende stärkere Kursgewinne zu erzielen: Rheinische Braunkohlen plus 3. Phönix plus 3. Caro und Hegenscheid plus 1¼. Oberbedarf plus 1¾. Bochumer Guß plus 1½. Essener Steinkohlen plus 1. Harpener plus 1⅝ und Rheinstahl plus 2. Schwächer lagen Riebeck minus 3 Prozent. Kaliwerte waren gesucht. Deutsche Kali plus 4. Aschersleben plus 2¼. Chemische Aktien ebenfalls größtenteils sehr fest. Oberkoks plus 3⅜. Elberfelder Farben plus 1¾. Anglo Guano plus 4½. Treptow Anilin plus 1¾. Am Elektronmarkt gewannen Elektr. Lieferungen plus 3. Starkmann plus 3 Proz. Belten und Guilleaume 1½ Prozent. Schwächer lagen hier Akkumulatoren minus 3¼. Schuckert minus 1¼ Proz. Reges Interesse zeigte sich für die führenden Werte der Waggon-, Metall- und Maschinenbauanstalten im Hinblick auf die günstigen Situationsberichte. So waren vor allem gesucht Orenstein & Koppel plus 2¾. Augsburg-Nürnberger 2½. Hirsch Kupfer plus 3. Auch am Textilmarkte übten die Berichte über einen aufsteigenden Beschäftigungsgrad eine starke Kaufneigung aus. Deutsche Wolle plus 4. Dörr & Co. plus 1½. Am Bankenmarkte hatten Handelsanteile plus 7¾ und Darmstädter und Nationalbank plus 1 die Führung. Schiffahrtswerte ebenfalls sehr fest. Hansa plus 3¼. Hamburg-Süd plus 4. Elektr. Hochbahn weiter steigend plus 1. Ausländische Renten heute etwas ruhiger. Reichsanleihen fast durchweg fest. 5prozentige plus 25. 4prozentige plus 100. 3½prozentige plus 70 und 3prozentige plus 15.

In Berlin kostet heute, den 28. Januar

	Geld	Brief
1 Dollar	4 189 500 000 000	4 210 500 000 000
1 holländischer Gulden	1 556 100 000 000	1 563 900 000 000
1 französischer Frank	192 268 000 000	193 232 000 000
1 schweizerischer Frank	723 188 000 000	726 812 000 000
1 belgischer Frank	172 568 000 000	173 432 000 000
1 tschechische Krone	121 944 000 000	122 556 000 000
1 schwedische Krone	1 088 273 000 000	1 093 727 000 000
1 norwegische Krone	567 578 000 000	570 422 000 000
1 dänische Krone	671 318 000 000	674 682 000 000
1 österreichische Krone	59 351 000	59 649 000
1 ungarische Krone	144 138 000	144 862 000
1 Pfund Sterling	17 755 500 000 000	17 844 500 000 000
1 Lire (Italien)	183 540 000 000	184 560 000 000
1 Peseta (Spanien)	528 675 000 000	531 325 000 000
1 Peso (Argentinien)	1 356 600 000 000	1 363 400 000 000
1 Markka (Finnland)	104 986 000 000	105 514 000 000
1 Lew (Bulgarien)	29 925 000 000	30 075 000 000
1 Yen (Japan)	1 865 325 000 000	1 874 675 000 000
1 Milreis (Brasilien)	458 850 000 000	461 150 000 000
1 Dinar (Jugoslawien)	48 079 000 000	48 321 000 000
1 Milreis (Portugal)	133 665 000 000	134 335 000 000

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 28. Januar. Die Stimmung am Produktenmarkt war wieder sehr lustlos. An Angebot mangelt es nicht, wohl aber an Käufern, die selbst bei ermäßigten Forderungen nur vereinzelt hervortreten. Die Mühlen bleiben dauernd wegen des schlechten Mehlgeschäftes für Weizen und Roggen mit neuen Anschaffungen sehr vorsichtig. Gerste ist ziemlich reichlich angeboten und nur in ganz guten Brauqualitäten unterzubringen. Hafer wird in eingetroffener Ware an den Konsum billiger verkauft, als er seitens des Großhandels anzuschaffen ist. Von Hülsenfrüchten und Sämereien hat sich seitens der zum Saatenmarkt bereits eingetroffenen Interessenten starkes Angebot gezeigt.

Notierungen in Goldmark.)

für 1000 kg		für 100 kg	
Weizen, märk.	151,00—155,00	Weizenkleie	7,40–7,60
„ pomm.	—	Roggenkleie	6,50–6,60
„ schles.	—	Raps (1000 kg)	280,00—285,00
Roggen, märk.	131,00—133,00	Leinsaat (1000 kg)	425,00
„ pomm.	-	Erbsen, Viktoria	33,00–34,00
„ schles.	130,00—132,00	Kleine Speiseerbsen	17,00—21,00
„ westpr.	—	Futtererbsen	11,00—13,00
„ mecklenb.	—	Peluschken	12,00–14,00
Braugerste	154,00–162,00	Ackerbohnen	12,00—14,00
Sommergerste	—	Wicken	16,00—18,50
Hafer märk.	101,00–107,00	Blaue Lupinen	13,00—14,00
„ pomm.	93,00—101,00	Gelbe Lupinen	15,00—17,00
„ schles.	—	Seradella	14,50—16,00
Mais, o. Prov.-Ang., prpt.		Rapskuchen	10,50—10,75
La Plata	—	Leinkuchen	22,00—23,50
loco Berlin	—	Trockenschnitzel	7,50–7,80
frei Hamburg	167,00–168,00	Zuckerschnitzel	17,50—18,00
Weizenmehl 70% (D.-Z.)	22,75—25,00	Torfmelasse	—
Roggenmehl 70% (D.-Z.)	20,75—22,50	Kartoffelflocken	16,30—16,40

Rauhfutternotierungen (nichtamtlich). Weizen- und Roggenstroh drahtgepr. 0,45–0,70. Haferstroh drahtgepr. 0,35—0,50. Gerstenstroh 0,35—0,50. Langstroh 0,35–0,45. Roggen- u. Weizenstroh, bindf. gepr. 0,35—0,45. Häcksel 1,05 bis 1,25. Wiesenheu 1. Sorte 0,95–1,35. desgl. 2. Sorte 0,85—1,05, alles per 50 kg ab Station.

Ermäßigung der Kohlenpreise in Frankreich. Das Komitee der französischen Kohlengruben hat auf Anregung Poincares eine Preisherabsetzung von 3 Fr. je Tonne vorgeschlagen.

Friedenspreise für Landmaschinen, Ziegelmaschinen, sanitäre Einrichtungen, haben die Ambi-Werke jetzt herausgegeben, obgleich, wie die Firma betont, die Preise für Rohmaterialien den Friedensstand noch nicht erreicht haben. Dieses Vorgehen ist im Interesse der allgemeinen Wirtschaft zu begrüßen. Die Firma äußert sich selber dazu wie folgt: Bei niedrigen Preisen wird der Umsatz gesteigert, dadurch die Produktion gehoben und die Arbeitslosigkeit (sprich: Steuerlast) gemindert usw.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240128016/fragment/page=0003
DFG

Der Schiedsspruch des Reichsarbeitsministers für den Braunkohlenbergbau rechtsunwirksam.

Am 20. Oktober 1923 traten die Arbeitnehmer im Tarifgebiet des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues wegen Lohnstreitigkeiten in den Streik. Sie wurden darauf von den Werksleitungen wegen Arbeitsverweigerung fristlos entlassen. Es fanden hierauf zwischen den Tarifparteien, dem Arbeitgeberverband für den Braunkohlenbergbau und den beteiligten Bergarbeiterverbänden Verhandlungen über den Abbruch des Streikes statt. Diese führten jedoch nicht zur Wiederaufnahme der Arbeit, obwohl die Vertreter der Gewerkschaften erklärt hatten, sich für den Abbruch des Streikes einzusetzen. Das Reichsarbeitsministerium berief am 31. Oktober 1923 einen Schlichtungsausschuß, der, da die Arbeitgeber die Stellung von Beisitzern ablehnten, unter Hinzuziehung von Ersatz-Beisitzern einen Schiedsspruch etwa folgenden Inhalts fällte:

Die Arbeit sollte bis zum 2. November 1923 wieder aufgenommen werden und die Werke sollten, soweit nicht technische oder wirtschaftliche Verhältnisse die Wiedereinstellung innerhalb des Betriebes unmöglich machten, sämtliche entlassenen Arbeitnehmer wieder einstellen. Ueber den Umfang der Wiedereinstellung sollten besonders zu berufende Schiedsstellen endgültig entscheiden. Den Arbeitgebern wurde verboten, Neueinstellungen bis zum 25. Nov. 1923 vorzunehmen, soweit nicht die durch den Streik entlassenen Arbeitnehmer restlos wieder eingestellt wären. Außerdem sollten die Werke bei Ablehnung der Wiedereinstellung den Arbeitnehmern eine Bescheinigung ausstellen, daß der Grund der Beschäftigungslosigkeit die Unmöglichkeit der Verwendung im Werke und nicht der Streik sei. Der Grund hierfür war, daß die Arbeitnehmer in den Genuß der Erwerbslosenunterstützung kämen, die ihnen, falls der Streik Entlassungsgrund war, nicht zugestanden hätte.

Die nach dem Schiedsspruch vom 31. Oktober 1923 eingesetzten Schiedsstellen nahmen in weitestem Umfange im Tarifgebiet ihre Tätigkeit wieder auf und verurteilten die Arbeitgeber größtenteils zur Wiedereinstellung der infolge des Streikes entlassenen Arbeitnehmer.

Der Arbeitgeberverband für den Braunkohlenbergbau erhob gegen die Bergarbeiterverbände vor dem Landgericht in Halle a. d. S. Feststellungsklage dahin, daß der Schiedsspruch des vom Reichsarbeitsministerium eingesetzten Schlichtungsausschusses vom 31. Oktober 1923 rechtsunwirksam sei, da er das gesetzliche Recht des Arbeitgebers, den Arbeitnehmer bei Arbeitsverweigerung fristlos zu entlassen, beseitige und durch das Verbot der Neueinstellung von Arbeitnehmern die im Wirtschaftsverkehr nach § 152 der Reichsverfassung herrschende Vertragsfreiheit beschränke. Durch Urteil des Landgerichtes in Halle a. d. S., verkündet am 25. Jan. 1924 ist nunmehr festgestellt worden, daß der Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums vom 31. Oktober 1923 rechtsunwirksam ist.

Obwohl damit zu rechnen sein dürfte, daß die beklagten Bergarbeiterverbände gegen das Urteil Berufung einlegen werden, ist die Feststellung erfreulich, daß wichtigste Grundsätze privatrechtlicher Vertragsfreiheit durch Verwaltungsbehörden, wie das Reichsarbeitsministerium, nicht außer Kraft gesetzt werden können.

Aus dem Leserkreise.

(An dieser Stelle veröffentlichen wir über allgemein interessierende Dinge aus unserem Leserkreis Zuschriften, ohne selbst dazu Stellung zu nehmen. Die Verantwortung trägt der Einsender.)

Hypothekenaufwertung.

Zu den verschiedenen Aeußerungen in den Zeitungen für und gegen die Aufwertung der Hypotheken und Obligationen gestatte ich mir noch die Ansicht weiter Volkskreise über diese Angelegenheit mitzuteilen.

Erstens ist der Ausdruck „Aufwertung" irreführend und falsch; denn die Regierung beabsichtigt doch keine Aufwertung, sondern eine Entwertung dieser Forderungen vorzunehmen, sind sie doch größtenteils vor dem Krieg in vollwertigem Gelde ausgeliehen worden.

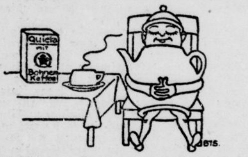
Zweitens ist es keine ehrliche Wirtschaft, wenn die Angehörigen eines Staates nicht möglichst gleichmäßig zu den Lasten herangezogen werden. Z. B. will man dem Grundbesitzer sein Eigentum belassen, jedoch das Einkommen daraus mit erheblichen Steuern belasten, welche, wie bei der Grundvermögenssteuer, doch wieder auf die Mieter abgewälzt werden. Eigentümer bleibt er, und die Steuerbelastung wird auch wieder normal werden. Dem Hypothekenbesitzer bzw. Obligationsbesitzer, mit dessem Gelde der Erwerb, der Bau oder die Erweiterung der Grundstücke und der Werke größtenteils erst ermöglicht wurde, soll bis auf einen gewissen Satz sein Eigentum enteignet werden. Durch solche Maßnahmen des Staates wird das Vertrauen vernichtet, und es wird kaum jemand sein erspartes Geld wieder auf Hypotheken oder für sonstige Anleihen hergeben.

Eine Schmälerung seines Besitzes muß sich in Anbetracht der jetzigen Lage jeder gefallen lassen, bei ehrlicher Wirtschaft muß aber verlangt werden, daß der Besitz dann möglichst gleichmäßig geschmälert wird. Wie dies gemacht werden kann, ist Sache der dazu berufenen Stellen, jedenfalls muß man gleiches Recht für alle verlangen.

Drittens ist man auch der Meinung, daß durch und auch während des Krieges sowie durch die Not des Volkes keiner das Recht hatte, sich Reichtümer zu erwerben. Den Behörden sind doch die Vermögensverhältnisse der Staatsangehörigen vor dem Kriege bekannt, und solche, welche erst später reich geworden sind, werden Behörden zum größten Teil auch nicht unbekannt sein. Da sollte man zugreifen und je nachdem auch rücksichtslos, wie von der Regierung in bezug auf Steuermaßnahmen im allgemeinen bereits oft angekündigt. Da würden sehr große Summen herauskommen, und die ehrlichen, staatserhaltenden Existenzen, welche von diesen Elementen betrogen sind, könnten mehr geschont werden. Dazu kommt, daß die Hypothekengläubiger meistens alte Leute sind, welche nun durch Verschulden des Staates genötigt sind, Almosen anzunehmen oder, wenn sie sich dessen schämen, langsam zu verhungern.

Auch würde der Skandal, wie man in den Zeitungen liest, daß deutsche Staatsangehörige in Schweizer und anderen ausländischen Hotels dadurch unangenehm auffallen, daß sie das Geld verprassen, aufhören. Den Eindruck, welchen solche Zustände auf das Ausland machen, welches uns unterstützt, kann man sich leicht vorstellen. Ebenso wird es unsere Achtung im Ausland nicht heben, wenn die Regierung auf Kosten des einen Teils der Bevölkerung, in diesem Fall der Hypothekengläubiger, sich Vorteile verschaffen will.

Eigentum, Verlag u. Druck: Otto Hendel-Gesellschaft m. b. H., Halle a. d. S. Verantwortliche Schriftleiter: Für den politischen Teil: Dr. jur. et phil. Erich Krüger, für den volkswirtschaftlichen Teil und für Sport: Dr. jur. Walther Werner, für den Börsenteil: August Kinsky, für den örtlichen Teil, Provinz, Kunst und Wissenschaft: Fritz Roßberg. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Curt Gebhardt, sämtlich in Halle. Sprechstunde der Schriftleitung: Wochentäglich nur von 10 bis 11 Uhr. Für Aufbewahrung unverlangter Manuskripte wird keinerlei Gewähr übernommen.



Kaffee nach des Tages Last
Schmeckt, wenn du Quieta hast!

Dienstag billige Seefische!

Grüne Heringe Pfund 20 Pfg.
Seelachs o. K., Kabliau o. K. 30 Pfg.
Nordsee-Kabliau o. K., Seehecht, Rotzunge, Scholle

Besonders billig!

Feinste Bücklinge 1 Kiste zirka 5 Pfund 1.90
Maties-Heringe Stück 20 25 Pfg.
Norweger Salzheringe Prima Schotten Pfund 20 Pfg.
Feinste Bratheringe 1 Dose 1.10
Oelsardinen 1 Dose zirka 1 Pfund Inhalt 1.25

Karl Pfeiffer
Neumarkt-Fischhalle
Geiststr. 33 Tel. 6658

Naumann-Nähmaschinen
H. Schöning
Gr. Steinstr. 69

„Meine Frau war über 50 Jahre mit einer häßlichen Flechte behaftet. Kein gesundes Fleckchen hatte sie auf dem Leibe. Durch Zucker's Patent-Medizinal-Seife wurden die Flechten in 3 Wochen beseitigt. Diese Seife ist Tausende wert. E. W." Dazu Zuckooh-Creme (nicht fettend und fetthaltig). In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich.

Grossisten und Detaillisten
empfehlen wir unsere reiche Auswahl in:
Arbeiterbekleidung:
Monteur-, Kessel-, Manchester-Anzüge, Pilot-, Zwirn-, Satin-, Buckskin-, Cord-, Moleskin-Hosen, lang und Breeches, Büro- und Sommerjoppen aller Art.
Textil-Handels-Ges. m. b. H.
Halle a. S., Leipziger Strasse 55.
Anfertigung von Berufskleidung.

Die Leser nützen sich und ihrem Blatt, wenn sie sich bei Einkäufen auf ihre Zeitung beziehen. Wir bitten unsere Abonnenten darum

Hohe Vergütung
zahlt Werk im bes. Gebiet dem, der uns mitteilt, wo Neuanschaffung von Brechern, Kollergängen, Mahlmaschinen, Mühlen etc. oder Brech-, Mahl-, Trocken-, Aufbereitungsanlagen etc. geplant ist. Zuschriften unter A. 22691 an die Exped. d. Ztg. erbeten.

Meilerholzkohlen und **Brennholz** liefert laufend und preiswert **Beck & Schöne** vorm. **Fritz Beck**, Holzkont. **Harzgerode i. H.** Telefon 36.

Mod. Sportjacken in reiner Wolle, beginnend mit 13.80
J. Rautenberg, am Leipziger Turm.
Herren-Modewaren.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Wohnungsuchenden mit den Nummern 9348–9368 werden aufgefordert, sich innerhalb von 14 Tagen unter Vorlegung ihrer Wohnungskarte im Wohnungsnachweis, Gr. Berlin 11, Erdgeschoß, zu melden. Sprechtage: Montag, Mittwoch, Freitag 8–12 Uhr vormittags.

Halle a. S., den 25. Januar 1924.

Der Magistrat.

Offene Stellen

Feilenfabrik sucht für dortigen Platz hervorragenden tüchtigen **Vertreter**. Es kommen nur gut eingef. und branchek. Herren in Frage. Angebote erbeten unter V. 1312 an die Expedition dieses Blattes.

Für größere Saatzuchtwirtschaft wird flotter **Stenograph u. Maschinenschreiber**, der auch im Lohn- u. Steuerwesen erfahren sein muß, **gesucht**. Antritt zum 1. April, eventuell auch früher. Angebote sind unter L. 906 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung einzureichen.

Tüchtige **Monteure** für Dampfbackofenbau für dauernde Beschäftigung gesucht. **Hannoversche Dampfbackofenfabrik** Hannover, Rückertstraße 2.

Setzer- und Druckerlehrlinge Söhne achtbarer Eltern, werden zu Ostern eingestellt. Gute Schulzeugnisse erforderlich. **Otto Hendel-Druckerei** Gr. Brauhausstraße 16/17.

Riesenverdienst! Wer will Warenvertrieb? Postkarte schreiben an **Wilh. Emil Bäuerle Fabrik Kleinaspach**, Württemberg.

Suche zum 1. April d. J. für 900 Morgen große Wirtschaft erfahr. **Schmiedemeister** vom **Lande**, d. besond. Kenntnisse als **Motorpflugführer** (Hansa-Lloyd) nachweisen muß, auch kleinere Reparaturen an landwirtschaftlichen Maschinen erledigen kann. Schmiedeeinrichtung vorhanden. Gutes Gehalt, eventuell Umzug nach Vereinbarung. Vorstellung erst auf Wunsch. Meldungen mit Angabe der früheren Stellungen an **Staatsdom. Salder, Braunschweig.**

In meinem Spezialgeschäft **Porzellan u. Kristallglas**, findet **junge Dame** mit freundlichem heiteren Wesen Dauerstellung. Ang. mit Angabe der bisher. Tätigkeit unter A. 7043 a. d. Gesch. d. Bl.

Saub. absolut zuverl. **Alleinmädchen** in allen häusl. Arbeiten, wie auch im Kochen Nähen und Plätten erf., zu kinderl. Ehepaar für sofort ges. Ausf. Off. an **Frau Dr. Schulz, Plaue** b. Flöha i. Sachs. Villa Schöneck.

Geübte Lumpensortiererinnen stellt ein **Adolf Beer**, Halle a. S., Kl. Brauhausstraße (Passage).

Kräftiges zuverlässig. **Mädchen** gesucht v. christl. Lehrerfamilie auf dem Lande (junge Leute m. Kindern, Hausfrau arbeitet mit), Fam.-Anschl. Zuschr. m. Anspr. an Fr. Hauptlehrer **Sommer, Höhnstedt**, Mansf. Seekreis.

Suche z. 15. 2. oder 1. 3. tüchtige **Mamsell** nicht unter 22 J., die gut kocht und bäckt u. Erf. mit Federvieh hat. Gehaltsanspr. u. Zeugn. a. Frau **T. Kleemann, Domäne Cannawurf** bei Heldrungen.

Stellen-Gesuche

Früherer **Marineunteroffizier** sucht Stellung als **Kassenbote** bei Bank oder Großhandlg. Nachrichten erbittet unt. M. 1301 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Alleinstehender nat. ges. älterer **Gärtner** tücht. Fachmann, auch in schriftl. Arbeiten bewandert, sucht, gestützt auf gute Zeugnisse, zum 1. April, auch früher, Vertrauensstell. gleichv. welcher Art. bei bescheid. Anspr. Gefl. Off. erb. unter W K. 10 an **Edwin Roßburg, Jena** Otto Schott Str. 2.

Als verh. **Verwalter oder Inspektor** suche Dauerstellung auf Gut von mind. 300 Morgen an. 27 J. alt, vorzügl. Kraft, best. Zeugn., prakt. u. theoret. ausgebildet. Frau vorz. Wirtin, die Innenwirtschaft übernehmen kann. Bin noch in ungekünd. Stellung. Off. erb. unter A. 7044 an die Gesch. d. Bl.

Junger **Maschinen-Ingenieur** sucht für sofort oder sp. Stellung im Betrieb od. auf Büro. Absolvent des Technikums Hildburghausen, nat. Gesinn. Angebote an **Ludwig Schweim**, Ingenieur, **Heiligenstadt** (Eichsf.)

Landwirt 24 J., mehrere J. auf größ. Gütern tätig, sucht, gest. auf gute Zeugnisse und Empfehlungen zum 1. 3. 24 od. sof. Stell. als **Wirtschaftsbeamter**. Güter von 400 Morgen aufwärts bevorz. Anerb. an **E. Pendzialek**, z. Zt. **Tschirmkau** b. Bauerwitz.

Jung. Gärtnergehilfe sucht Stellung als Gemüsegärtner u. Samenzucht. Gefl. Off. unter O. 675 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Verh. Mann (33 Jahre), nat., sucht sofort oder bis 1. 4. Stell. als Hofmeister, Portier od. ähnlich. Vertrauensposten. In mein. jetzigen Stellung 8 Jahre. Angebote unter **M. G. 1311** a. d. Exped. dies. Blatt.

Geb. **junges Mädchen** (21 Jahre, Lyzeumsreife) sucht für sofort Haustochterstelle bei kinderlosem Ehepaar auf Land oder Kleinstadt. Offert. unter M. 2485 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Kinderl. Fräulein, 28 J., sucht Stellung in ein. frauenl. Haush. als **Wirtschafterin** nach hier oder auswärts. Offerten unter B. 5719 an die Gesch. d. Bl.

Suche f. meine Tocht., 17 J., Lyzeum, musikal., per 1. 4. 1924 Stell. als **Haustochter** in nur gut. Hause oder auf einem Gut zur Erlernung des Haushaltes. Off. unter **A. 7021** an die Gesch. dies. Blattes.

Grundstücksmarkt

Hausgrundstück zu günstigen Bedingungen sofort zu kauf. gesucht. Tauschwohnung, 5 Zimmer, geboten und muß größere (6–8 Zimmer) vorhanden sein. Offert. unter B. L. 4014 an **Rudolf Mosse**, Brüderstr. 4.

Miet-Gesuche

Beamter sucht wenig möbliertes oder leeres Zimmer zu mieten. Offerten unter M. 2144 an die Exp. dieser Zeitung.

Zu verkaufen

Großer weißer **Kinderwagen** z. v. Dzondistr. 3a, I.

Bettfedern zu verkaufen **Gesentusstr. 29 II l.**

Neues Schmiedehandwerkzeug und **Grammophon** m. Pl. billig zu verkaufen. **W. Hollbach**, Unter-Teutschenthal, Hallische Straße.

Gebr., offener **Milchwagen**, für Landw. u. Molk. passend, 2 gebr. **Rollwagen**, 15 und 20 Ztr. Tragkr., b. z. vk. **Hündorf**, Glauchaer Str. 70. Fernsprecher 3713.

Mantel (f. jg. Bursch.), **Reisetasche** 40×15 cm (feinstes Leder) **Ledergamaschen** (schwarz), 1 Filzhut, **Handlexikon** (Meyer) zu verkauf. **Kreller**, Alte Promenade 11, I.

1 große **Z.-Badewanne** 12 Mk., 1 eich. **Paneelbrett** 4 Mk., z. v. Off. unt. O. 676 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

1 Blumenkrippe (Peddigrohr) 25 Mk., zu verk. Off. unt. O. 674 an d. Geschäftsst. d. Ztg.

Kaufgesuche

An- u. Verkauf von **Motoren, Maschinen**. **C. Köhler, Halle a. S.**, Kl. Sandberg 23. Fernruf 5192.

Piano zu kaufen gesucht. Off. unter O. 673 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Unterricht

Jung. Mädchen sucht **Gesangsunterricht** von 5½ Uhr abends ab. Angebote unter **O. 677** an d. Exped. d. Blattes.

Kapitalien

Jüng. kaufmänn. **Autofachmann** (nur 1. Kraft) v. Autohandl. m. Garagen und Werkstatt **als tätiger Teilhaber ges.** Evtl. Einlg. wird hypot. sichergestellt. Gefl. Angebote unt. **O. 682** an d. Exp. dieses Blattes.

Geb. alleinst. Frau sucht **Darlehn** Off. unt. A. 7031 an die Gesch. dies. Blattes.

Familien-Nachrichten

Statt besonderer Anzeige.

Die Verlobung ihr. jüngsten Tochter Ingeborg mit Herrn Voldemar Palitzer, Reval-Estland, beehren sich anzuzeigen

Hans v. Schaewen Oberst a. D.
und
Frau Margarethe geb. v. Hoelzer

Ingeborg von Schaewen
Voldemar Palitzer
Verlobte
Reval-Estland
z. Zt. Frankfurt a. M.

Halle a. S., den 27. Januar 1924.

Sonntag Nacht verschied sanft meine liebe gute Frau, unsere liebe Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwester und Schwägerin

Frau Anna Weikhardt
geb. Gittermann.

Halle (S.), 28. Januar 1924.

In tiefer Trauer: **Emil Weikhardt**, Familien **Buchwald** und **Albrecht**, **Hans Gittermann**.

Beerdigung: Mittwoch ½2 Uhr kleine Kapelle Gertraudenfriedhof

Aus Halle:

Geboren:
Franz Schneider und Frau, 1 T.

Todesfälle:
Alfred Zwarg, 25 J. Emilie Kleemann, 87 J. Oswald Paschke, 57 J. Karl Schiller, 32 J. Karl Lauschk, 70 J.

Von auswärts:

Aus Bernburg.
Geboren:
Dr. rer. pol. Werner Hoffmann und Frau Marie, 1 T.

Aus Bitterfeld.
Todesfälle:
Karl Kohl, 65 J. Therese Thiele, 48 J. Waltrud Schindler, 21 J.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240128016/fragment/page=0004